

Thesenpapier zum Seminarthema

Elektronische Demokratie / Elektronische Planungsverfahren

Rechtsreferendar Frank Walenta

These 1: **Passivität, Desinteresse und Verdrossenheit des Bürgers sind Folgen der fehlenden Leistung und Transparenz des politischen Systems und des Gefühls, mit seiner Stimme nichts verändern zu können, und nicht von Beteiligungs- oder Wahlverfahren als solchen.**

Anmerkung: Anders formuliert: Entscheidend ist weniger das jeweils beschrittene Verfahren als solches, vielmehr der Umstand, mit seiner Beteiligung bzw. Stimme etwas wirklich und nachhaltig bestimmen oder verändern zu können, von den politischen Akteuren wahr- und ernst genommen zu werden, der den Bürger zur Teilhabe bzw. Teilnahme an politischen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen bewegt.

These 2: **Ein Mausklick fördert weder die Bürger-Partizipation noch die Demokratie.**

Anmerkung: Das technisch Machbare auf dem Gebiet der elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) und Medien, bedeutet nicht zwangsläufig ein Mehr an (politischer und gesellschaftlicher) Partizipation und Demokratie. Hinzukommen muss auch die sog. „politische Medienkompetenz“ des Einzelnen, die auch ein politisches bzw. staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit den neuen Technologien beinhaltet. Davon sind wir aber wohl noch recht weit entfernt.

Wählen per Mausklick könnte zwar rein zahlenmäßig eine (relativ) höhere Wahl- bzw. Abstimmungsbeteiligung zur Folge haben, indessen stellt sich die Frage nach der Qualität des Wahl- bzw. Abstimmungsergebnisses und - damit zusammenhängend – nach der Legitimität der Gewählten bzw. Maßnahmen. Viele sprechen von der sog. „Legitimitätskrise“.

These 3: **Demokratisch ist nur der Zugang zu den modernen IuK-Technologien und Medien, die Folgen ihrer politischen Nutzung hingegen bleiben auch in absehbarer Zukunft antidemokratisch.**

Anmerkung: Es bestehen hohe bzw. erhöhte Anforderungen an die Medienkompetenz des Einzelnen. Es ist eine unumgängliche Tatsache, dass innerhalb der Bevölkerung erhebliche Informations-, Bildungs- und Kompetenzunterschiede bestehen, sowie unterschiedliche Grade des demokratischen und sozialen Verantwortungsbewusstseins. Die neuen Technologien und Medien werden – darüber besteht weitgehend Einigkeit - die schon bestehende Schere zwischen der Minderheit politisch interessierter, „gebildeter“, informierter, aktiver und mündiger BürgerInnen und der Mehrheit politisch desinteressierter, „ungebildeter“, desinformierter und inaktiver zunächst noch stärker weiten. Dieses antidemokratische Ungleichgewicht wird zumindest auch noch längere Zeit, vielleicht sogar immer bestehen bleiben. Dies ist aus heutiger Sicht nicht absehbar.

Literaturhinweise:

- (1) Palmer, Christoph, *Umfassende E-Government-Strategien unter Einschluss von E-Democracy* in : Verwaltung und Management, 8.Jahrg. (2002), S.260 ff. ,
- (2) Buchstein, Hubertus, *Modernisierung der Demokratie durch e-Voting?* in : Leviathan, 29. Jahrg. (2001) , Heft 2/2001, S. 143ff.
- (3) Bull, Hans-Peter, *Demokratie braucht Zeit* in: Kubicek, Braczyk, Klumpp, Müller, Neu, Raubold, Rossnagel (Hrsg.) Multimedia @ Verwaltung, Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999, Hüthig Verlag Heidelberg
- (4) Hoecker, Beate, *Mehr Demokratie via Internet ?* in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39 – 40 / 2002, S. 37ff.
- (5) Kamps, Klaus, *Perspektiven elektronischer Demokratie* in : Elektronische Demokratie ? , Westdeutscher Verlag Opladen/ Wiesbaden 1999